

Der Oberbürgermeister  
Plauen, 19.08.2025



**Niederschrift über die 9. Sitzung des Verwaltungsausschusses (verschoben vom 27.08.2025)**

**Sitzung am:** Dienstag, den 19.08.2025  
**Sitzungsort:** Sitzungszimmer 345,

**Beginn:** 16:30 Uhr **Ende:** 19:25 Uhr

**Anwesenheit:**

**Vorsitzender** Oberbürgermeister Steffen Zenner

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Sven Gerbeth  
Herr Lars Gruber  
Frau Claudia Hänsel  
Herr Ronny Hering  
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik zeitweise anwesend  
Herr Tim Schuster  
Herr Maik Schwarz  
Herr Mathias Weiser

**Beratende Mitglieder**

Herr Fabrice Franke  
Herr Mario Schreiter  
Herr Benjamin Zabel

**Stellvertretendes Mitglied**

Herr Thomas Salzmann Vertretung für Herrn Jörg Schmidt

**Abwesenheit:**

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Herr Jörg Schmidt entschuldigt dienstl.

**Beratende Mitglieder**

Herr Uwe Geisler unentschuldigt  
Herr Wolfgang Müller entschuldigt

### Mitglieder der Verwaltung:

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Herr Martin Hofmann	Rechnungsprüfungsamt	Gesamte Sitzung
Herr Marcel Fröbisch	Personalrat Verwaltung	Gesamte Sitzung
Frau Nadja Friedländer-Schmidt	FBL Bürgerservice	TOP 2.1, TOP 3.3, TOP 3.4
Herr Lars Krämer	Leiter Büro Oberbürgermeister	Gesamte Sitzung
Herr Dr. René Schreiter	FBL Sicherheit und Ordnung	Gesamte Sitzung
Frau Carola Blume-Brake	FBL Haupt- und Personalverwaltung	Gesamte Sitzung

### Weitere Sitzungsteilnehmer:

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Dietrich	Berichterstattung Freie Presse

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil:

- TOP 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.05.2025
- TOP 1.4 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.5 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 11.06.2025
- TOP 1.6 Informationen des Oberbürgermeisters
  
- TOP 2. Information
- TOP 2.1 Auswertung Mängelmelder - 1. Halbjahr 2025  
*INV-040/2025*
  
- TOP 3. Vorberatung
- TOP 3.1 Vertretung der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)  
*BSV-189/2025*
- TOP 3.2 Errichtung eines Bürgerpunktes und Abschluss eines Mietvertrages im Objekt Postplatz 5 (Landratsamt)  
*BSV-199/2025*
- TOP 3.3 Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes und dessen Finanzierung zwischen der Stadt Plauen und der Gemeinde Weischlitz  
*BSV-178/2025*
- TOP 3.4 Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes und dessen Finanzierung zwischen der Stadt Plauen und dem Verwaltungsverband Jägerswald  
*BSV-185/2025*
  
- TOP 4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

## **Öffentlicher Teil:**

### **1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Die 9. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet. Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Maik Schwarz, BSW-Fraktion, und Stadtrat Tim Schuster, AfD-Fraktion, bestimmt.

#### **1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Oberbürgermeister Zenner stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **1.2 Tagesordnung**

Die Tagesordnung für die 9. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

#### **1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.05.2025**

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 7. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 07.05.2025 fest.

#### **1.4 Beantwortung von Anfragen**

Keine offenen Anfragen.

#### **1.5 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 11.06.2025**

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses gefasst wurden:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen beschließt die Höhergruppierung eines Mitarbeiters im Geschäftsbereich OB, Fachbereich Finanzverwaltung, mit Wirkung zum 01.09.2025 von Entgeltgruppe 9c in Entgeltgruppe 10 auf der Grundlage des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen beschließt zum 01.09.2025 die sachgrundbefristete Einstellung und Eingruppierung eines Sachbearbeiters Verkehrsplanung und Klimaanpassung im Geschäftsbereich II, Fachbereich Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt, Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt mit der Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst und 39 Wochenstunden.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen beschließt zum 01.01.2026, jedoch frühestens ab 01.10.2025, die unbefristete Einstellung und Eingruppierung eines Sachbearbeiters Straßenbau im Geschäftsbereich II, FB Städtische Bauaufgaben, Bewirtschaftung, FG Tiefbau mit der Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst und 39 Wochenstunden.

#### **1.6 Informationen des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass es aufgrund der Sommerpause derzeit nur von wenigen neuen Entwicklungen zu berichten gibt. Dennoch wurde die Zeit intensiv genutzt, um ein Haushaltsstrukturkonzept vorzubereiten, das in den kommenden Monaten diskutiert werden soll.

Er erklärt außerdem, dass der Kultursommer erfolgreich angelaufen ist und am vergangenen Freitag eine gut besuchte Veranstaltung auf dem Postplatz stattgefunden hat.

Außerdem erwähnt er die Eröffnung der neuen Dreifeld-Turnhalle am Lessing-Gymnasium, die sowohl für den Schul- als auch den Vereinssport ein bedeutender Meilenstein ist. Die europaweite Ausschreibung für dieses Projekt wurde erfolgreich durchgeführt.

Darüber hinaus hebt Oberbürgermeister Zenner die Eröffnung der Turnstraße hervor. Dieses Projekt wurde nun erfolgreich umgesetzt. Für den morgigen Tag kündigt er den Spatenstich für die neue Einfeld-Turnhalle an der Kemmler-Oberschule an, was einen weiteren wichtigen Schritt in der Umsetzung des Sportstättenentwicklungsplans darstellt. Mit der Realisierung der geplanten vier Einfeld-Turnhallen und des Sportcampus ist die Stadt Plauen auf einem guten Weg.

Abschließend berichtet er, dass im Rahmen des Programms ZIZ eine neue Bühne angeschafft wurde, die künftig bei städtischen Veranstaltungen genutzt werden kann. Dies ermöglicht es der Stadt, auf Mietkosten zu verzichten und langfristig Kosten zu sparen. Zudem wird übermorgen der neue Geschäftsführer der Abfallentsorgung Plauen vorgestellt, was ebenfalls als Fortschritt in der Stadtentwicklung gewertet wird.

## **2. Information**

### **2.1 Auswertung Mängelmelder - 1. Halbjahr 2025 INV-040/2025**

Frau Nadja Friedländer-Schmidt, FBL Bürgerservice, wertet anhand einer Präsentation das 1. Halbjahr 2025 des Mängelmelders aus.

Die Präsentation wird den Fraktionen im Nachgang zur Verfügung gestellt.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass die Sauberkeit der Stadt eine gemeinsame Verantwortung der Bürgerschaft und der Verwaltung ist. Er kritisiert, dass trotz intensiver Reinigungsmaßnahmen der Stadt neue Verschmutzungen schnell entstehen würden. Dennoch werde die Stadtverwaltung weiterhin konsequent daran arbeiten, die Sauberkeit zu verbessern, auch in Zusammenarbeit mit dem Vogtlandkreis.

Stadtrat Mathias Weiser, AfD-Fraktion, erkundigt sich, ob die Bearbeitungszeiten für die Beseitigung von Müll erfasst werden.

Frau Friedländer-Schmidt erklärt, dass dies nicht der Fall ist, da die Zuständigkeiten variieren und die Meldungen direkt an die Polizeibehörde und das Landratsamt weitergeleitet werden.

Herr Dr. René Schreiter, FBL Sicherheit und Ordnung, ergänzt, dass die Stadt für eigene Zuständigkeiten relativ kurzfristig reagiert, während es bei privaten Eigentümern oft schwierig ist, diese zur Verantwortung zu ziehen. Er verweist darauf, dass im Jahr 2024 insgesamt 62 Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen illegaler Müllablagerungen eingeleitet wurden, während es im Jahr 2025 bis zum 18. August bereits 146 Verfahren gegeben habe.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, fragt, ob verstopfte Gullys weiterhin direkt an die AEP gemeldet werden können.

Frau Friedländer-Schmidt erklärt, dass dies von der jeweiligen Zuständigkeit abhängt, die entweder bei der AEP, dem Bauhof oder dem ZWAV liegt.

Oberbürgermeister Zenner empfiehlt, solche Fälle über den Mängelmelder zu melden.

Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, erkundigt sich nach der Kategorie „Verkehrsüberwachung“.

Frau Friedländer-Schmidt erläutert, dass darunter verschiedene Meldungen wie abgestellte Fahrzeuge oder zu schnelles Fahren fallen können.

Herr Dr. Schreiter ergänzt, dass es sich häufig um Fälle handelt, bei denen Bürger abgestellte Fahrzeuge ohne Nummernschilder melden.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, fragt, ob bei illegalen Müllablagerungen häufig Hinweise auf die Verursacher gefunden werden und wie hoch die Strafen sind.

Herr Dr. Schreiter erklärt, dass Ordnungswidrigkeitsverfahren nur eingeleitet werden, wenn konkrete Hinweise auf die Verursacher vorliegen. Die Höhe der Strafen hängt von der Art des Mülls ab, wobei empfindliche Strafen insbesondere bei Umweldelikten verhängt werden.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass es oft schwierig ist, die Verursacher zu belangen, da diese behaupten könnten, der Müll sei von Dritten entsorgt worden. Dennoch betont er, dass die Stadt konsequent gegen solche Verstöße vorgeht.

### **3. Vorberatung**

#### **3.1 Vertretung der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) BSV-189/2025**

Oberbürgermeister Zenner führt zur Vorlage aus.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, dass der Stadtratsbeschluss vom 02.05.2023, Beschluss-Nr.: 42/23-3 (Drucksachen-Nr.: 0823/2023), aufgehoben wird

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung**

#### **3.2 Errichtung eines Bürgerpunktes und Abschluss eines Mietvertrages im Objekt Postplatz 5 (Landratsamt) BSV-199/2025**

Oberbürgermeister Zenner erläutert die Vorlage ausführlich.

Herr Dr. René Schreiter, FBL Sicherheit und Ordnung, ergänzt, dass der gemeindliche Vollzugsdienst (GVD) auch weiterhin in Schichten arbeiten wird und seine Präsenz nicht auf die Räumlichkeiten beschränkt bleibt. Die Mitarbeiter werden auch weiterhin im Stadtgebiet unterwegs sein, um ihre Aufgaben wahrzunehmen. Er erläutert, dass die aktuelle Planung vorsieht, während des Betriebszeitraums des gemeindlichen Vollzugsdienstes vor Ort Ansprechpartner bereitzustellen. Dies umfasst unter anderem die Landespolizei, die im Objekt präsent sein wird. Zusätzlich soll mindestens ein Vertreter der Stadt Plauen vor Ort sein. Als mögliche Ansprechpartner nennt er Herrn Frank Zabel, kommunaler Präventionsrat, sowie Herrn Martin Gabriel, Fachgebietsleiter Polizeibehörde. Er führt weiter aus, dass systematisch Dienstgruppenführer eingeplant werden sollen. Aktuell läuft eine Ausschreibung zur Besetzung von zwei weiteren Dienstgruppenführerstellen, sodass insgesamt drei Dienstgruppenführer zur Verfügung stehen werden. Einer dieser Dienstgruppenführer solle perspektivisch im Innendienst tätig sein, um unter anderem die Einsatzabläufe zu koordinieren, den Funkkontakt mit dem Polizeirevier aufrechtzuerhalten und Einsatzplanungen sowie Ausbildungsmaßnahmen vorzubereiten. Zudem soll diese Person die Kommunikation mit Behörden, wie beispielsweise dem Landratsamt, sicherstellen. Er betont, dass diese Aufgaben im Rotationsprinzip verteilt werden sollen, sodass verschiedene Personen als Ansprechpartner für Ausbildungsmaßnahmen und Dienstplanungen fungieren könnten.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass der gemeindliche Vollzugsdienst weiterhin überwiegend außerhalb des Büros tätig sein wird. Dennoch ist es das Ziel, das Büro ebenfalls regelmäßig zu besetzen. Er hebt hervor, dass bei größeren Ereignissen in der Stadt, wie Stadtfesten, Umzügen, Spitzenfesten oder Demonstrationen, eine enge Vernetzung mit dem Vogtlandkreis möglich sein soll. Dies stellt einen Vorteil für die Stadtplanung dar, da eine Zusammenarbeit in solchen Fällen für mehr Ordnung und Sicherheit sorgen soll. Weiter erklärt er, dass die Einrichtung eines Bürgerpunktes ein völlig neues Prinzip ist, welches sich bereits in Städten wie Dresden und Chemnitz bewährt hat. Der Chef der sächsischen Polizei, Herr Kubiessa, begrüßt dieses Vorhaben ausdrücklich. Auch Herr Lichtenberger, Leiter Polizeidirektion Zwickau, habe die Einrichtung eines Bürgerpunktes befürwortet.

Stadtrat Mathias Weiser, AfD-Fraktion, äußert sich grundsätzlich positiv zu dem Vorhaben und erkennt an, dass die Stadtverwaltung Vorschläge unterbreitet, die der Stadt zugutekommen könnten. Er weist jedoch darauf hin, dass die Kriminalitätsprobleme in Plauen tiefgreifender Natur sind und durch die Einrichtung eines Bürgerpunktes lediglich Symptome behandelt werden, ohne die Ursachen anzugehen. Herr Weiser erinnert daran, dass er bereits 2023 auf einer Kundgebung auf dem Altmarkt darauf hingewiesen hat, dass eine Aufstockung des gemeindlichen Vollzugsdienstes allein keine nachhaltige Lösung darstellt. Er führt weiter aus, dass die Kriminalitätsstatistik für 2024 seine

damaligen Einschätzungen bestätigt, da sich weder die Sicherheitslage noch das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessert hat. Er berichtet, dass viele Einwohner von Plauen Übergriffe und Straftaten nicht mehr bei der Polizei melden, da sie resigniert sind und keine Hilfe erwarten. Er kritisiert, dass die Einrichtung eines Bürgerpunktes am Postplatz zwar lokal für mehr Sicherheit sorgen könnte, jedoch andere problematische Bereiche wie die Neundorfer Straße oder die Bahnhofstraße unberücksichtigt bleiben. Weiterhin äußert er, dass er keine überzeugenden Argumente dafür sieht, wie der vorgeschlagene Bürgerpunkt die faktische Sicherheit in der Stadt erhöhen könnte. Er betont, dass Sicherheitsfragen primär in den Zuständigkeitsbereich der Landespolizei fallen würden und fordert, dass finanzielle Mittel aus Dresden bereitgestellt werden sollten, um die Polizeipräsenz vor Ort zu stärken. Zudem kritisiert er, dass die Stadt erhebliche Kosten aufgrund der Migrationspolitik trägt, was seiner Ansicht nach nicht zielführend ist. Er kündigt an, dass seine Fraktion die Laufzeit der Mietvereinbarung und die generelle Sinnhaftigkeit des Bürgerpunkts noch einmal intern diskutieren wird.

Oberbürgermeister Zenner entgegnet, dass die Stadt nur in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich handeln kann und Entscheidungen auf Bundesebene nicht abwarten darf. Er betont, dass die Bürgerschaft den Bürgerpunkt im Stadtzentrum begrüßt, insbesondere im Hinblick auf die Gewerbetreibenden. Zenner hebt hervor, dass es nicht vertretbar ist, die aktuelle Situation unverändert zu lassen, wenn die Stadt selbst Maßnahmen ergreifen kann, um die gefühlte Sicherheit zu verbessern.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, berichtet, dass er Gespräche mit Bürgern geführt hat, die regelmäßig den Postplatz frequentieren. Er verweist darauf, dass die Kriminalitätszahlen in der Innenstadt laut Polizeibericht rückläufig sind, was er teilweise auf die Präsenz des gemeindlichen Vollzugsdienstes zurückführt. Dies wird von der Bevölkerung positiv wahrgenommen, während die stationäre Präsenz von Polizeifahrzeugen eher als einschüchternd empfunden wird. Herr Schwarz schlägt vor, dass die Polizei verstärkt zu Fuß patrouillieren soll, um eine größere Wirkung zu erzielen. Er äußert sich positiv zur verkürzten Laufzeit der Mietvereinbarung, jedoch hat er Bedenken hinsichtlich der Sichtachsen und der Effektivität des Bürgerpunkts. Er kündigt an, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da er weiterhin Zweifel an der Wirksamkeit des Vorhabens hat.

Oberbürgermeister Zenner stellt klar, dass der Bürgerpunkt nicht als reine Beobachtungsstation gedacht ist, sondern als Anlaufstelle für die Bürgerschaft dienen soll. Er betont, dass der gemeindliche Vollzugsdienst weiterhin Streifen durchführen und die Präsenz des Bürgerpunkts die Attraktivität des Postplatzes für potenzielle Störer verringern werde. Zenner verweist auf die Einschätzung der Polizei, die das Büro als optimal geeignet für die Überwachung des Postplatzes und angrenzender Bereiche bewertet habe. Abschließend hebt er hervor, dass die Kriminalitätszahlen im Stadtgebiet insgesamt rückläufig seien, jedoch im Stadtzentrum weiterhin eine Häufung von Vorfällen bestehe, weshalb die Maßnahme insbesondere für die Innenstadt von Bedeutung sei.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Die Linke/Grüne, fragt, ob sich das Gebäude der ehemaligen Frauenklinik in der Melanchthonstraße im Besitz der Stadt Plauen befindet und ob diese Räume nicht genutzt werden könnten.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass hier bereits die Berufsakademie Plauen untergebracht ist.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Die Linke/Grüne, regt an, den Vogtlandkreis in die Diskussion um das Thema Bürgerpunkt einzubeziehen.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er das Thema bereits angesprochen hat, der Landrat jedoch derzeit keine Notwendigkeit sieht. Er ergänzt, dass die Sparkasse signalisiert hat, das Objekt bei Nichtnutzung durch die Stadt unmittelbar anderweitig zu verwenden, wodurch ein begrenztes Zeitfenster für Entscheidungen entsteht.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, äußert sich zustimmend zur Einrichtung eines Bürgerpunktes und hebt hervor, dass dies das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durchaus stärken kann. Er verweist auf Beispiele wie den Berliner Alexanderplatz, wo ähnliche Maßnahmen erfolgreich umgesetzt worden sind. Gleichzeitig gibt er zu bedenken, dass sich Probleme möglicherweise in andere Stadtbereiche verlagern könnten.

Oberbürgermeister Zenner stimmt dieser Einschätzung zu, betont jedoch, dass die Verlagerung von Problemen aus der Innenstadt in weniger sensible Bereiche wie die Kolonnaden oder die Stadtgalerie eine Entlastung für die Händler und die Bevölkerung darstellt.

Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, fragt nach den Kosten für Miete und Ausstattung.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der Bürgerpunkt jährliche Kosten von etwa 35.000,00 EUR verursache. Darüber hinaus gibt es jedoch keine weiteren Risiken, da keine zusätzlichen Ausstattungen wie Möbel erforderlich sind. Lediglich die Installation der Digitaltechnik wäre notwendig.

Stadtrat Ronny Hering, AfD-Fraktion, erklärt, dass er sich den Grundriss der betreffenden Räumlichkeiten angesehen hat. Dabei ist ihm aufgefallen, dass die Gesamtfläche 230 m<sup>2</sup> beträgt. Er fragt, ob die gesamte Fläche wirklich genutzt wird und ob es sich dabei um einen großen Raum handelt.

Herr Dr. Schreiter merkt an, dass die Skizze der Räumlichkeiten missverständlich ist. Er erläutert, dass es sich nicht um einen einzigen großen Raum handelt, sondern dass die Fläche in mehrere Bereiche unterteilt ist. Nach seiner Schätzung umfasst ein Großraumbüro etwa 80 bis 90 m<sup>2</sup>, während ein kleineres Büro etwa 25 m<sup>2</sup> groß ist. Außerdem gibt es zwei kleinere Räume, die als Umkleieräume genutzt werden sollen. Der größere Büroraum soll als gemeinsamer Arbeitsbereich dienen, um die Zusammenarbeit zwischen den beiden Diensten zu fördern. Zudem könnten dort Sicherheitsberatungen und Abstimmungen, beispielsweise im Rahmen des Stadtfestes, durchgeführt werden. Der kleinere Raum ist für die Dienstgruppenführer vorgesehen, um ungestörte Bearbeitungen von Vorgängen zu ermöglichen. Er betont außerdem die Notwendigkeit von Umkleieräumen, da die Mitarbeiter eine umfangreiche Schutzausrüstung tragen und dementsprechend große Spinde benötigen. Es gibt einen Empfangsbereich mit einem großen Tresen, der für Funktechnik und die Einsatzleitung genutzt werden könnte. Insbesondere bei Großveranstaltungen wäre das von Vorteil, um die Einsatzleitung effektiv zu unterstützen.

Stadtrat Mathias Weiser, AfD-Fraktion, fragt noch einmal nach der Polizeistatistik, laut der die Kriminalitätsrate in Plauen gesunken ist. Er verweist auf die Polizeistatistik, die für das Jahr 2020 eine Häufigkeitszahl von 337 und für 2024 eine Zahl von 408 ausweist.

Oberbürgermeister Zenner bestätigt, dass die Kriminalitätsrate im Stadtgebiet insgesamt gesunken ist, jedoch im Stadtzentrum, insbesondere am Postplatz, weiterhin ein Kriminalitätsschwerpunkt besteht.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, bittet darum, dass die Entscheidung über eine mögliche Verlängerung der Mietdauer rechtzeitig vor Ablauf der drei Jahre erneut geprüft wird.

Oberbürgermeister Zenner stimmt diesem Vorschlag zu.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Beauftragung des Oberbürgermeisters der Stadt Plauen zum Abschluss eines Mietvertrages für Räumlichkeiten im Erdgeschoss (ehemals Signal Iduna) des Objektes Postplatz 5, 08523 Plauen (Landratsamt), für die Nutzung durch den Gemeindlichen Vollzugsdienst gemeinsam mit dem Polizeivollzugsdienst zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Der Mietzins (ohne Nebenkosten) beträgt monatlich 1.905,00 EUR (6,95 EUR je m<sup>2</sup>).
2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt für die Anmietung der unter Beschlusspunkt 1 genannten Räumlichkeiten die Bereitstellung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 10.055,00 EUR für das Haushaltsjahr 2025 und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 36.360,00 EUR für das Haushaltsjahr 2026

**Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen**

**3.3 Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes und dessen Finanzierung zwischen der Stadt Plauen und der Gemeinde Weischlitz**  
**BSV-178/2025**

Frau Nadja Friedländer-Schmidt, FBL Bürgerservice, führt zur Vorlage aus.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, erkundigt sich, ob die übernommene Mitarbeiterin ausschließlich mit einem Beschäftigungsumfang von 0,77 VZÄ eingesetzt werden.

Frau Carola Blume-Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, bestätigt das und ergänzt, dass der Arbeitsvertrag entsprechend angepasst wird.

Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, fragt, ob die Bürger von Weischlitz künftig für alle standesamtlichen Angelegenheiten nach Plauen kommen müssen.

Frau Friedländer-Schmidt bestätigt auch das, jedoch sind Trauungen weiterhin in Weischlitz möglich.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass Plauen gut erreichbar ist und verweist auf die Möglichkeit, viele Anträge online zu stellen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, erkundigt sich, ob ähnliche Vereinbarungen auch mit anderen Gemeinden, wie Rosenbach, geplant sind.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass hier derzeit keine konkreten Pläne vorliegen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Weischlitz zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes und dessen Finanzierung.

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen**

### **3.4 Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes und dessen Finanzierung zwischen der Stadt Plauen und dem Verwaltungsverband Jägerswald BSV-185/2025**

Frau Nadja Friedländer-Schmidt, FBL Bürgerservice, führt zur Vorlage aus.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Anpassung der Zweckvereinbarung mit dem Verwaltungsverband Jägerswald zur Übertragung der Aufgaben im Personenstandswesen zum Zwecke der Bildung eines gemeinsamen Standesamtsbezirkes und dessen Finanzierung.

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen**

### **4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktionsvorsitzender BSW-Fraktion, berichtet von einer Beobachtung während einer Fahrt von Zwickau nach Plauen. Er hat ein braunes Autobahnschild mit der Aufschrift „Erich“ gesehen, dessen restlicher Text jedoch unleserlich ist. Er fragt, wer für die Instandsetzung solcher Schilder zuständig ist und ob eine Wiederherstellung der Lesbarkeit veranlasst werden könnte.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender Freie Bürgerliste, erklärt, dass den Stadträten ein Schreiben des Ortschaftsrats Jößnitz zugegangen ist, in dem es um die Sanierung des Feuerwehrgerätehauses in Steinsdorf geht. In dem Schreiben wird darum gebeten, diese Thematik in einer der nächsten Stadtratssitzungen zu behandeln.

Herr Dr. René Schreiter, FBL Sicherheit und Ordnung, erläutert, dass bereits eine Stellungnahme zum Brandschutz vorliegt, jedoch noch Aspekte des Denkmalschutzes geprüft werden müssen.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass der Denkmalschutz derzeit von einer Sanierung abrät. Er schlägt vor, das Thema im Ältestenrat zu diskutieren und verweist auf ein kürzliches Treffen mit den Ortschaftsratsvorsitzenden, bei dem ähnliche Anliegen besprochen wurden.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner  
Oberbürgermeister

Maik Schwarz  
Stadtrat

Plauen, den 03.09.2025

Plauen, den

Linda Mierendorf  
Schriftführerin

Tim Schuster  
Stadtrat